

Bilanzpressekonferenz

28. Februar 2019

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von

Gerhard Grandke

**Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Einführung**
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Fazit**

I. Einführung

Auch von mir ein herzliches Willkommen zu unserer Bilanzpressekonferenz. Ich werde Ihnen zunächst einen Rückblick auf die Geschäftsentwicklung unserer Mitgliedsinstitute im vergangenen Jahr geben und dann noch das ein oder andere Thema ansprechen, das uns zurzeit im Verband und in den Sparkassen beschäftigt.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen

Zunächst aber zur Geschäftsentwicklung der Sparkassen in Hessen und Thüringen im Jahr 2018. Sie ist insgesamt wieder zufriedenstellend ausgefallen. Das gilt vor allem für die Bestandsentwicklung. Sie war erneut durch ein florierendes Kundengeschäft und Zuwächse sowohl auf der Aktiv- wie auch der Passivseite der Bilanz geprägt. Bei der Ertragslage hat sich die Dauerniedrigzinsphase stärker als im Vorjahr im Zinsüberschuss widerspiegelt. Gleichwohl waren die Betriebsergebnisse unserer Sparkassen auch im vergangenen Geschäftsjahr wieder auskömmlich.

Bilanzsumme profitiert von starkem Wachstum im Kundengeschäft

Die Bilanzsumme unserer Sparkassen ist zum 31. Dezember 2018 insgesamt um 4,4 Mrd. Euro bzw. 3,6% auf fast 126 Mrd. Euro gestiegen. Dieses Plus ging erneut vor allem auf das Konto des Kundengeschäfts auf beiden Seiten der Bilanz.

Auf der Aktivseite konnten unsere Sparkassen ihr Kreditgeschäft mit Kunden einmal mehr ausbauen. Der Kreditbestand wuchs 2018 insgesamt um 1,4 Mrd. Euro bzw. 1,9%. Das Wachstum fiel damit etwas niedriger aus als im Vorjahr mit 3,3%. Allerdings ist auch diese Zuwachsrate angesichts des schon sehr hohen Bestandsniveaus des Vorjahres beachtlich.

Dass das Bestandsplus nicht noch stärker ausgefallen ist, lag nicht zuletzt an einem Sondereffekt bei den Krediten an öffentliche Haushalte. Sie sind 2018 um 1,3 Mrd. Euro bzw. 24,5% gesunken. Verantwortlich dafür ist in erster Linie das Entschuldungsprogramm „Hessenkasse“. Die Landesregierung in Wiesbaden hat im September und Dezember 2018 Kassenkredite in Höhe von 4,9 Mrd. Euro von knapp 180 hessischen Kommunen auf die Hessenkasse übertragen. Das hat sich bei den hessischen Sparkassen in diesem Kreditsegment natürlich bestandsmindernd ausgewirkt, nämlich um fast 31%.

Wachstumstreiber bei den Krediten unserer Sparkassen waren auch 2018 einmal mehr die Firmenkunden. Die Bestände bei den Krediten an Unternehmen und Selbständige legten um 1,9 Mrd. Euro bzw. 5,4% zu. Das ist ein beachtlicher Zuwachs, auch wenn das Plus im Vorjahr mit 7,8% noch etwas stärker ausgefallen war.

2018 war in punkto Wirtschaftsentwicklung in Deutschland ein gespaltenes Jahr. In den ersten sechs Monaten setzte sich der veritable Doppelaufschwung der vergangenen Jahre in Form einer vom niedrigen Euro angeheizten guten Außenkonjunktur sowie einer starken Binnenkonjunktur fort, die von den niedrigen Zinsen, einer intensiven Bautätigkeit und der faktischen Vollbeschäftigung gespeist wurde.

Im zweiten Halbjahr hat die Dynamik der Wirtschaft dann spürbar nachgelassen. Der Außenhandel hat sich abgeschwächt. Die Stimmung hat sich nicht zuletzt wegen des ungelösten Brexits mit seinen unabsehbaren Folgen eingetrübt. Gleichzeitig war es auch nicht besonders hilfreich, dass der US-Präsident offensichtlich Gefallen an seiner Rolle als negativer Showstopper für die Weltwirtschaft gefunden hat.

Angesichts dieser widrigen Umstände ist es eine echte Leistung, dass die deutsche Wirtschaft im Gesamtjahr 2018 noch mit rund 1,5% gewachsen ist. Das spricht für die Qualität und Stärke des Mittelstandes. Es spricht aber auch für unsere Sparkassen, dass sie das Kreditgeschäft mit Firmenkunden selbst im zweiten Halbjahr 2018 trotz aller Widrigkeiten noch einmal um über 700 Mio. Euro ausbauen konnten und den Mittelstand weiterhin eng begleitet haben.

Ich bin optimistisch, dass diese Entwicklung anhalten wird. Dafür spricht nicht zuletzt unser gutes Neugeschäft. Die Darlehensauszahlungen unserer Sparkassen an Unternehmen und Selbständige sind 2018 um 5,6% gestiegen, die Darlehenszusagen um 6,4%. Das reicht zwar nicht ganz an die zweistelligen Zuwächse des Vorjahres (+11,4 bzw. +12,1%) heran. Vor der Kulisse der vielfach von Unsicherheit geprägten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind das aber immer noch richtig gute Zahlen.

Auch bei den Ausleihungen an Privatpersonen haben unsere Sparkassen ihre Bestände erneut ausgebaut. Sie stiegen um 754 Mio. Euro bzw. 2,4% und damit stärker als im Vorjahr (+1,6%). Für dieses Wachstum waren einmal mehr die Wohnungsbaukredite verantwortlich, die mit 914 Mio. Euro bzw. 3,3% überdurchschnittlich zulegen (2017: +2,3%).

Sehr gutes Neugeschäft bei Wohnungsbaukrediten

Auch das Neugeschäft unserer Sparkassen hat sich bei den Baufinanzierungen hervorragend entwickelt. Die Darlehenszusagen stiegen um 6,0%. Den Instituten ist es damit gelungen, das Minus des Vorjahres von fast 8% annähernd wieder auszugleichen. Das ist gleichzeitig die höchste Zuwachsrate seit dem Rekordjahr 2015, als in Deutschland so viele Neubauten genehmigt wurden wie schon lange nicht mehr. Das zeigt, dass unsere Sparkassen auch in einer Zeit, in der in vielen Regionen das Bauland knapper wird und

Baukosten und Immobilienpreise steigen, als verlässliche Finanzierungspartner bereitstehen.

Kundeneinlagen machen Sprung

Damit wechsele ich zur Passivseite unserer Bilanz. Dort haben die Kundeneinlagen bei den Sparkassen in Hessen und Thüringen 2018 einen richtigen Sprung gemacht. Sie sind um 3,9 Mrd. Euro bzw. 4,1% gestiegen.

Umfragen zeigen, dass sich die Menschen von der Dauerniedrigzinsphase offensichtlich nicht zu einem höheren Konsum verleiten lassen. Im Vermögensbarometer des DSGV von 2018 haben etwa drei Viertel der befragten Deutschen bestätigt, dass sie ihr Konsumverhalten im Vergleich zu den Vorjahren nicht verändert haben. Nur 8% haben mehr konsumiert, 19% haben sogar weniger für Verbrauchszwecke ausgegeben. Es ist zum einen dieses disziplinierte Verhalten, das sich in den Zuwächsen in unserem Einlagengeschäft niederschlägt.

Zum anderen ergeben sich diese beachtlichen Zuwächse aber auch schlicht aus der Tatsache, dass die Menschen den Sparkassen vertrauen. Vor kurzem war zu lesen, dass ein Gründer einer Kryptowährung das Passwort mit ins Grab genommen haben soll, so dass die Anleger dort jetzt aufgeschmissen sind. Das kann bei uns nicht passieren. Bei den Sparkassen können die Kunden sicher sein, dass das Konto und die Einlagen noch da sind und der Tresorschlüssel passt, wenn sie an ihr Geld wollen.

In punkto Anlagefristen hat sich 2018 nichts geändert. Die Täglich fälligen Gelder sind um 7,0% gestiegen. Dagegen sind Mittel- und Langläufer wie die Termingelder (-6,1%), Spareinlagen (-1,5%) und Eigenemissionen (-11,6%) wie in den Vorjahren zurückgegangen.

Kunden setzen Halte-Strategie im Wertpapiergeschäft fort

Im Wertpapiergeschäft hat sich angesichts volatiler Börsen bereits im 1. Halbjahr 2018 eine Halte-Strategie der Sparkassenkunden abgezeichnet. Dieser Trend hat sich im 2. Halbjahr fortgesetzt. Die Wertpapierkäufe gingen 2018 insgesamt um 8,9% zurück. Gleichzeitig haben sich die Kunden aber bei den Verkäufen von Aktien, Investmentfonds und festverzinslichen Wertpapieren noch stärker zurückgehalten. Sie sanken insgesamt um 20%.

Wenn die Kunden weniger Wertpapiere kaufen und verkaufen, hat das Folgen für den Umsatz unserer Sparkassen. Er sank im Kundenwertpapiergeschäft um 13,9% auf knapp 11 Mrd. Euro. Da die Käufe die Verkäufe deutlich überschritten, verbesserte sich der Nettoabsatz als Saldo um 47,2% auf 1,7 Mrd. Euro. Er fiel bei allen Wertpapiergattungen

positiv aus. Besonders ausgeprägt war das Plus bei den Investmentfonds. Hier legte der Nettoabsatz um 882 Mio. Euro zu.

Die Zurückhaltung der Kunden im Wertpapiergeschäft war zum einen sicherlich dem schwankungsanfälligen Börsenumfeld geschuldet. Zum anderen bin ich aber überzeugt davon, dass auch die neuen regulatorischen Vorschriften in diesem Feld Bremsspuren hinterlassen haben.

Bremsfaktor MiFID II

Vor gut einem Jahr, im Januar 2018, sind im Wertpapierbereich die europäische Finanzmarktrichtlinie MiFID II und die begleitende Verordnung MiFIR in Kraft getreten. Deren Ziel war es, den Anlegerschutz zu stärken.

Wir waren von Anfang an skeptisch und haben Ihnen bei unserer Bilanzpressekonferenz vor einem Jahr dokumentiert, welche Berge an Papier mit Produkt- und Kosteninformationen dem Kunden bei jedem Beratungstermin mit Wertpapierbezug auszuhändigen sind – ob er das möchte oder nicht.

Inzwischen liegt eine erste Auswirkungsstudie vor. Der DSGVO hat im Sommer 2018 bei den Sparkassen abgefragt, wie sich MiFID II in ihrem Wertpapiergeschäft niederschlägt. An dieser Umfrage haben sich etwa 140 Sparkassen beteiligt. Sie macht deutlich, dass die Einführung von MiFID II in den Häusern für erheblichen Aufwand gesorgt hat. Durchschnittlich waren 15 Mitarbeiter pro Institut mit der Umsetzung beschäftigt. Der Schulungsaufwand für alle Mitarbeiter eines Hauses lag im Schnitt bei über vier Monaten!

Als Folge von MiFID II hat jedes dritte Institut einzelne Produkte aus dem Sortiment genommen. Über die Hälfte der befragten Sparkassen hat die telefonische Beratung eingeschränkt, jedes zehnte Haus hat sie sogar ganz eingestellt.

Die Umfrage legt aber nicht nur diese Kollateralschäden auf Seiten der Institute offen. Sie erlaubt auch erste Rückschlüsse darauf, was Kunden von dieser Form des Anlegerschutzes halten. Drei von vier befragten Instituten berichten über Beschwerden und Unmutsäußerungen von Kunden, zum Beispiel über die längere Dauer der Orderprozesse aufgrund neuer Informationspflichten vor Auftragsausführung sowie über die Verständlichkeit und die Menge der Unterlagen, die nach neuem Recht verpflichtend zur Verfügung zu stellen sind. Viele Kunden fühlen sich von den neuen Vorschriften bevormundet und überfordert. Sie wollen ausdrücklich auf die Informationsblätter und die Sprachaufzeichnung bei telefonischer Beratung oder telefonischer Auftragserteilung verzichten. Sie wollen das schlichtweg nicht haben.

Das alles bestätigt die Befürchtungen, die wir Anfang des letzten Jahres bei der Einführung von MiFID II geäußert haben. Es geht hier nicht darum, dass wir uns heute für unsere richtige Prognose von damals feiern lassen wollen. Aber leider hat die Praxis bestätigt, dass dieser kiloschwere Anleger- und Verbraucherschutz nur ein Placebo ist. Es gibt hier keinen Gewinn oder Nutzen – weder für den Kunden noch für die Sparkasse noch für die Wertpapierkultur in Deutschland. Es gibt hier nur Verlierer.

Wir begrüßen es deshalb sehr, dass sich diese Einschätzung offensichtlich auch in der Politik durchgesetzt hat. Das Bundesfinanzministerium hat Banken und Sparkassen zu einer Konsultation zu Praxisproblemen mit MiFID II eingeladen. Daraus resultierender Änderungsbedarf soll dann an die EU-Kommission adressiert und am Ende hoffentlich auch umgesetzt werden.

Kernkapitalquote: 19,0%

Weiterhin gut voran kommen die Sparkassen in Hessen und Thüringen bei dem Ziel, ihre Eigenkapitalausstattung zu verbessern. So sind die Eigenmittel unserer Institute 2018 um 4,8% auf 12,8 Mrd. Euro gewachsen. Davon entfielen 11,7 Mrd. Euro auf Kernkapital. Die Kernkapitalquote hat sich zum 31. Dezember 2018 insgesamt von 18,7% auf 19,0% verbessert. Die Gesamtkapitalquote betrug weiterhin 20,8%.

Unsere Sparkassen werden auch in Zukunft weiter am Ausbau ihrer guten Eigenkapitalbasis arbeiten. Ob das so im bisherigen Ausmaß und Tempo weitergehen wird, werden wir sehen. Die rückläufigen Betriebsergebnisse machen diese Aufgabe sicherlich nicht einfacher.

Ertragsentwicklung: Zinsüberschuss sinkt, Verwaltungsaufwand stabil

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung. 2018 ist der Zinsüberschuss unserer Sparkassen um 104 Mio. Euro bzw. 4,6% auf gut 2,1 Mrd. Euro gesunken. Die niedrigen Zinsen haben sich also im vergangenen Jahr stärker als im Vorjahr (-3,0%) bei den Instituten niedergeschlagen. Gleichzeitig ist der Provisionsüberschuss um 12 Mio. Euro bzw. 1,6% auf 773 Mio. Euro gestiegen. Der Verwaltungsaufwand ist trotz der spürbaren tariflichen Gehaltsteigerungen und der wachsenden Anforderungen im regulatorischen und IT-Umfeld praktisch stabil geblieben. Er stieg um 2 Mio. bzw. 0,1% auf knapp 2 Mrd. Euro.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung ist insgesamt um 94 Mio. Euro bzw. 8,9% auf 970 Mio. Euro gesunken. Es hat sich bereits bei der Präsentation unserer Halbjahresresultate abgezeichnet, dass die Verbesserungen beim Provisionsüberschuss und die Entwicklung beim Verwaltungsaufwand nicht wie 2017 ausreichen, um das Abschmelzen des Zinsüberschusses auszugleichen. Mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von fast 1

Mrd. Euro können die Sparkassen im aktuellen Niedrigzinsumfeld aber insgesamt durchaus zufrieden sein.

Nach Bewertung lag das Betriebsergebnis 2018 mit 830 Mio. Euro um 263 Mio. Euro bzw. 24,0% niedriger als im Vorjahr. 2017 hatten wir allerdings auch die nicht alltägliche Konstellation eines positiven Bewertungsergebnisses von 29 Mio. Euro. In diesem Jahr fiel das Bewertungsergebnis wieder negativ aus. Im Wertpapiergeschäft lagen die Abschreibungen nicht zuletzt wegen des ungünstigen Börsenumfeldes mit 169 Mio. Euro etwas höher als 2017 mit 23 Mio. Euro. Im Kreditgeschäft haben sich die Zuschreibungen des Vorjahres von 40 Mio. Euro nun in Abschreibungen von 8 Mio. Euro verwandelt. Dagegen betragen die Zuschreibungen beim sonstigen Bewertungsergebnis 37 Mio. Euro statt 12 Mio. Euro im Vorjahr. In der Summe ergibt das ein negatives Bewertungsergebnis von 140 Mio. Euro.

Zurzeit ist ja des Öfteren die Befürchtung zu hören, dass sich viele Kreditinstitute angesichts der lange anhaltenden guten Konjunktur zu einer laxen Kreditvergabe und zu einer zu niedrigen Risikovorsorge verleiten lassen.

Konservative Risikopolitik

Bei unseren Sparkassen war und ist das nicht der Fall. Die Sparkassen in Hessen und Thüringen haben im Rahmen ihrer Geschäfts- und Risikostrategie schon lange konservative Anforderungen an Risiken definiert.

Diese konservative Risikopolitik schlägt sich in der Praxis positiv nieder. Unsere Sparkassen verfügen im Kreditgeschäft – natürlich auch bedingt durch die gute konjunkturelle Lage – über eine gute Ratingverteilung. Der Anteil der hinteren Ratingwerte, die ein erhöhtes Risiko spiegeln, wächst seit Jahren nicht. Im gewerblichen Kreditgeschäft verteilen sich über zwei Drittel des Kreditvolumens auf die besten 5 von 18 Ratingnoten und über 94% auf die Noten 1 bis 10. Beim Kundenscoring im Privatkundengeschäft entfallen sogar über 97% des Volumens auf die ersten zehn Noten. Dort hat sich der Anteil der besten Ratingklasse 1 zwischen 2013 und 2018 von 47,8% auf 59,5% erhöht.

Die Sparkassen in Hessen und Thüringen weisen somit im Kreditgeschäft mit gewerblichen Kunden und Privatkunden eine günstige Verteilung über die 18 Rating- und Scoringstufen auf. Das spricht für die Qualität der vorhandenen Kreditaktiva, wie uns das im Herbst 2018 von den Ratingagenturen S&P und Fitch wieder einmal bestätigt wurde.

Die Sparkassen in Hessen und Thüringen passen ihre Risikovorsorge im Kreditgeschäft regelmäßig der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an. 2009 ist das BIP der deutschen

Wirtschaft im Gefolge der Finanzkrise um 5% so stark eingebrochen wie noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Unsere Sparkassen hatten damals ein Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft von 189 Mio. Euro. Davor, in den Jahren 2007 und 2008, lag es bei jeweils rund 100 Mio. Euro.

Als sich die Wirtschaft im Jahr 2010 dann wieder erholt hat, pendelte sich das Bewertungsergebnis bei gut 80 Mio. Euro ein. Das zeigt, dass die Sparkassen ihre Risiken im Griff haben. Und es zeigt auch, dass das Bewertungsergebnis der Sparkassen im Kreditbereich ein atmendes System ist, das auf den Wandel der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechend reagiert. Die gute Konjunktur der letzten Jahre hat dazu geführt, dass die Sparkassen keine signifikanten Bewertungsergebnisse im Kreditgeschäft aufweisen. Ich gehe davon, dass die Bewertungsergebnisse aber auch dann noch verträglich ausfallen werden, sollte sich die Konjunktur wieder eintrüben. Denn im Zuge der Einführung der Ratingverfahren ist es den Sparkassen gelungen, Konzentrationsrisiken sukzessive zu vermeiden und den Fokus auf granulare Kreditbestände zu legen.

Nach Steuerzahlungen von 303 Mio. Euro und der Zuführung zu den Reserven lag das Jahresergebnis unserer Sparkassen nach Steuern 2018 mit einem Betrag von 266 Mio. Euro um 11,5% niedriger als im Vorjahr. Die Cost-Income-Ratio unserer Sparkassen hat sich von 65,0% auf 67,1% erhöht.

III. Weitere Entwicklung

Wie sieht nun die nähere Zukunft aus? Was die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anbelangt, nehmen die skeptischen Stimmen zu. Immer mehr Experten befürchten, dass der längste Aufschwung, den wir Deutschen seit der Wiedervereinigung erleben, allmählich seinem Ende entgegengeht.

Ich teile diese Befürchtungen nicht unbedingt. Vor allem glaube ich nicht an die biologistisch anmutende These, dass Konjunkturen ins kritische Alter kommen und wie eine alte Frucht überreif werden. Ich halte es da eher mit der Weisheit: „Aufschwünge sterben nicht an Altersschwäche. Sie werden meist von der Politik umgebracht.“

Politische Risiken gibt es zurzeit in der Tat zuhauf. Den Brexit habe ich vorhin erwähnt. Aber auch der glimmende und immer wieder aufflammende Handelskrieg zwischen den USA und China ist hier zu erwähnen, der mit den Weltbörsen Jojo spielt. Und in Europa machen Populisten und Europagegner schon jetzt für die Europawahlen im Mai mobil.

Diese politischen Risiken drücken die Stimmung. Große Sprünge wird die deutsche Wirtschaft 2019 sicherlich nicht machen. Auf der anderen Seite sind aus meiner Sicht aber auch erst einmal keine größeren ökonomischen Verwerfungen zu erwarten. Denn die geschilderte Risikolage ist ja auch nichts grundlegend Neues. Sie begleitet den aktuellen Konjunkturzyklus jetzt schon seit längerem. Es spricht deshalb einiges dafür, dass sich der Aufschwung bei uns – wenn auch etwas verlangsamt – 2019 fortsetzen wird.

Für das nächste Jahr rechne ich deshalb bei unseren Sparkassen mit wachsenden Beständen im Kreditgeschäft und auch bei den Kundeneinlagen. Ertragsseitig wird der Druck auf die Institute hoch bleiben. Das liegt vor allem an der nicht endenden Niedrigzinsphase.

Die Zinswende hat inzwischen zwar begonnen – allerdings nur in den USA. Die Fed hat den Leitzins im vergangenen Jahr viermal erhöht. Damit scheint sich ihr Zinserhöhungselan angesichts mauer Konjunkturaussichten aber auch schon erschöpft zu haben. In Europa liegen die Zinsen noch viel niedriger. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

Zwar hat die EZB ihr Anleihekaufprogramm vor zwei Monaten beendet. Das ist aber nur ein halbes Ende: Schließlich will die EZB Gelder der auslaufenden Papiere weiterhin am Anleihenmarkt investieren. Außerdem wird sie wahrscheinlich neue Langfristkredite für Banken beschließen. Und auch die für Sommer 2019 geplante Leitzinserhöhung gerät mehr und mehr zum Scheinriesen: Sie wird jetzt wohl frühestens im Oktober 2019 kommen, vielleicht aber auch erst im Frühjahr 2020, vielleicht auch gar nicht. Das antizipieren die Märkte bereits. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe nähert sich inzwischen scharf der Null-Prozent-Grenze an.

Bei uns wird es ja langsam Frühling. Es ist jedes Jahr dasselbe: Kaum steigen die Temperaturen, hört man schon frühmorgens die Vögel singen. So ein Naturgesetz gibt es offensichtlich auch in der Wirtschaft: Kaum trüben sich die Konjunkturaussichten, ruft das Experten auf den Plan, die über die Kriseninterventionsmöglichkeiten der Notenbanken im Zeitalter von Leitzinsen an der Nulllinie räsonieren.

Die Antwort – so war sie gerade erst wieder von zwei IWF-Experten zu hören – lautet dann oft stereotyp: Negativzinsen auf breiter Front einführen und Bargeld abschaffen oder zumindest abwerten! Es ist schon hochinteressant: Früher haben sich die Verfechter des Kapitalismus schauernd über Karl Marx und seine Forderung nach Expropriation mokiert. Heute kommt diese Forderung nach Expropriation aus dem System selbst – und keiner regt sich darüber auf. Denn auf nichts anderes als auf eine kalte Enteignung der Sparer und

Geldbesitzer laufen doch diese Forderungen nach einer Abschaffung oder Abwertung des Bargelds hinaus!

Wenn man die EZB-Geldpolitik der lockeren Hand sine ira et studio betrachtet, dann wirkt sie ambivalent. Auf der einen Seite befeuern die niedrigen Zinsen bei uns die Konjunktur; auch Kreditnehmer wie die Käufer von Immobilien profitieren davon. Hauptnutznießer ist aber der Staat. Laut Bundesbank mussten die Euro-Länder zwischen 2008 und 2018 insgesamt 1,4 Billionen Euro weniger an Zinsen für ihre Schulden zahlen. Allein in Deutschland hat der Staat in diesem Zeitraum 368 Mrd. Euro eingespart.

Niedrigzinspolitik wirkt wie gigantische Kapitalertragsteuer

Während sich Finanzminister und Kämmerer also über die Geldpolitik der EZB freuen können, schaut der Sparer in die Röhre. Es gibt Schätzungen, wonach die Niedrigzinsen die deutschen Sparer zwischen 2010 und 2018 fast 300 Mrd. Euro gekostet haben. Rechnet man dazu noch die Jahre 2008 und 2009 dazu, kommt man fast exakt auf die 368 Mrd. Euro, die der deutsche Staat im selben Zeitraum eingespart hat. Aus Sicht der Sparer wirkt die Niedrigzinspolitik damit de facto wie eine gigantische Kapitalertragsteuer, die potenzielle Zinserträge der Privaten in staatliche Ersparnisse transformiert, die dann in der Konsequenz wiederum die schwarze Null ermöglichen.

Die Niedrigzinspolitik der EZB tut aber nicht nur den Sparern, sondern auch den Kreditinstituten weh. Der Aufsichtsratschef der Deutschen Bank hat vor kurzem auf die Kluft zwischen den USA und Europa hingewiesen. Während die US-Banken in diesem Jahr rund 38 Mrd. Euro für ihre Einlagen bei der Fed erhalten, werden die Institute in der Eurozone 7,5 Mrd. Euro an Negativzinsen an die EZB zahlen müssen. Da muss ich der Deutschen Bank ausnahmsweise einmal recht geben: Das ist eine massive Wettbewerbsverzerrung!

Die Sparkassen werden also wie die gesamte Branche weiterhin mit einem sinkenden Zinsüberschuss leben müssen – und das paradoxerweise, obwohl sie ihr Kundengeschäft derzeit kräftig ausbauen. Darüber hinaus ist auch künftig mit einem wachsenden Verwaltungsaufwand zu rechnen, der sich nicht zuletzt aus dem regulatorischen Perpetuum mobile ergibt, das uns auch in den letzten Jahren auf Trab gehalten hat. Es wird sich sicherlich auch in Zukunft ständig bewegen.

Allein im letzten Jahr sind regulatorische Großprojekte wie MiFID II, die Zahlungsdiensterichtlinie PSD II, die Datenschutzgrundverordnung und im Meldewesen das Register AnaCredit für Unternehmenskredite in Kraft getreten. Jedes dieser neuen Themen hat es in sich. Für großen Betrieb sorgen auch immer wieder neue aufsichtliche Anforderungen und Auslegungen, die in den Instituten kurzfristig angepasst werden

müssen und die oft auch eine Neuausrichtung der Prozesse nach sich ziehen. Aber auch die ganz normalen regulatorischen Routinen, die es schon seit längerer Zeit zu bewältigen gilt, binden viele Ressourcen. In der Summe und in der Synchronität gewinnt die Regulatorik dann einen Umfang und eine Komplexität, die vor allem kleine Häuser an die Grenzen bringt.

Regulatorik: Bankenpaket endlich auf der Zielgeraden

Vor dieser Kulisse ist es zu begrüßen, dass sich auf europäischer Ebene das sog. Bankenpaket endlich auf der Zielgeraden befindet. Es soll den Grundsatz der Proportionalität stärken und kleine, nicht komplexe Institute administrativ entlasten.

Darunter fallen im Wesentlichen Banken und Sparkassen, deren Bilanzsumme 5 Mrd. Euro nicht übersteigt und die bestimmte weitere Kriterien erfüllen. Sie müssen zum Beispiel eine geringe Handelstätigkeit aufweisen und dürfen keine internen Modelle zur Erfüllung regulatorischer Eigenkapitalanforderungen verwenden. Das dürfte auf gut 80% der Sparkassen zutreffen. Sie sollen von vereinfachten Berechnungsansätzen, verringerten Offenlegungspflichten und reduzierten Meldeanforderungen profitieren.

Dieses Ergebnis ist ein großer politischer Erfolg für Deutschland. Aufgrund der europäischen Bankenstruktur ist Proportionalität nun einmal vor allem ein deutsches Thema. Auch die Bestätigung des KMU-Unterstützungsfaktors ist zu begrüßen, der kleinen und mittleren Unternehmen einen einfacheren Zugang zu Krediten verschafft. Der Schwellenwert, bis zu dem für Mittelstandskredite verringerte Eigenkapitalanforderungen von gut 25% gelten, ist jetzt im Bankenpaket von 1,5 Mio. Euro auf 2,5 Mio. Euro je Kreditnehmer erhöht worden. Darüber hinausgehende Kreditsummen an KMUs erhalten immerhin noch einen Rabatt von 15% auf das normale Risikogewicht. Das ist wichtig für den Mittelstand und die Mittelstandsfinanzierung.

Datenhunger der Aufsicht ungebremst

Die Stoßrichtung des EU-Bankenpakets ist also richtig und wichtig. Allerdings muss die dort formulierte Devise „Mehr Proportionalität!“ in der Aufsichtspraxis jetzt auch wirklich gelebt werden. Wir werden beobachten, ob das tatsächlich der Fall sein wird. Denn in der Praxis wächst der Datenhunger der Aufsicht ungebremst weiter: Mehr Details und höhere Frequenz lautet dort oft die Devise.

Im April werden Bundesbank und BaFin wieder den sog. LSI-Stresstest für weniger bedeutende Institute durchführen. Dieser wird diesmal deutlich umfangreicher ausfallen. Im Stresstest sind ein Basis- und ein adverses Szenario für drei Jahre in die Zukunft zu berechnen. Der Drei-Jahres-Horizont ist einer der wesentlichen Neuerungen. Daneben wird

es die Umfrage zur Ertragslage der Institute (bisher Niedrigzinsumfrage) für den Zeitraum 2019 bis 2023 mit fünf unterschiedlichen Zinsszenarien geben.

Im April soll außerdem flächendeckend eine neue Umfrage zu Immobilienfinanzierungen starten. Die Aufsicht verfügt in diesem Bereich nach eigenen Angaben über keine hinreichend kleinteiligen Informationen. Diese Umfrage wird also sehr granular werden. Hoffentlich fällt die Granularität der Abfrage nicht irgendwann einmal genauso aus wie bei AnaCredit, das Ende September 2018 vollumfänglich scharf geschaltet wurde. Dort werden jetzt nicht weniger als 89 Merkmale für alle Firmenkundenkredite über 25.000 Euro abgefragt.

Neu auf der Agenda steht dann auch noch das sog. ILAAP-Meldewesen, mit dem beurteilt werden soll, ob die interne Liquiditätsrisikosteuerung eines Instituts angemessen ist. Diese Daten sollen erstmals Ende 2019 mit einer jährlichen Meldefrequenz bei Banken und Sparkassen erhoben werden und ergänzen damit auf nationaler Ebene die bereits vorhandenen umfangreichen europäischen Meldevorgaben zur Liquiditätssituation.

Wird MiFID II jetzt schon wieder aufgebohrt?

Aber nicht nur im Meldewesen ergeben sich für die Sparkassen ständig neue Anforderungen. MiFID II ist jetzt gerade ein Jahr alt und soll schon wieder aufgebohrt werden. Anlass dafür sind die Bestrebungen der EU-Kommission, im Rahmen der Europäischen Kapitalmarktunion das Finanzsystem in Richtung Nachhaltigkeit umzubauen. Künftig sollen Banken und Sparkassen ihre Kunden bei der Anlageberatung ausdrücklich auf Investitionsmöglichkeiten in nachhaltige Produkte hinweisen und aktiv entsprechende Kundenpräferenzen bei den Anlagezielen abfragen. MiFID II soll entsprechend geändert werden.

Eine stärkere Berücksichtigung von nachhaltigen Anlageformen ist sicherlich ein sinnvolles Anliegen. Allerdings wurde MiFID II ja gerade erst mit riesigem Aufwand in den Instituten implementiert. Das war ein richtiger Kraftakt. Wenn dieses Paket jetzt kurz nach seiner Einführung wegen der verpflichtenden Integration der Nachhaltigkeitsfaktoren schon wieder aufgeschnürt werden müsste, würde das in den Banken und Sparkassen erneut einen erheblichen administrativen, technischen und wirtschaftlichen Aufwand verursachen.

Dokumente wie die MiFID II-Broschüre, die „Basisinformationen über Wertpapiere und weitere Kapitalanlagen“ und die Geeignetheitserklärung, die ich bei unserer letzten Bilanzpressekonferenz mit im Gepäck dabei hatte, müssten dann schon wieder überarbeitet und die Datenabfrage und die IT-Programme entsprechend angepasst werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass die EU-Kommission noch gar nicht definiert hat, was unter nachhaltigen Anlagen im Detail zu verstehen ist. Diese Definition soll erst im Rahmen der sog. Disclosure-Verordnung erfolgen, die derzeit aber noch gar nicht final ausverhandelt ist. Wenn es ungünstig läuft, wird MiFID II jetzt also geändert, die Kreditwirtschaft stellt ihr Papierwerk und die IT entsprechend um, damit nachhaltige Anlagen zumindest grundsätzlich erfasst werden können. Dann tritt irgendwann die Disclosure-Verordnung mit einer detaillierten Definition von nachhaltigen Produkten in Kraft – und Banken und Sparkassen müssen erneut ihre Systeme anpacken und feinjustieren!

Unser Petition ist es deshalb, die Nachhaltigkeitsfaktoren erst dann in MiFID II verpflichtend umzusetzen, wenn die Klassifikation nachhaltiger Investments vorliegt. Es steht ja turnusmäßig ohnehin ein Review von MiFID II an, der auch wieder Änderungen mit sich bringen wird. Da kann dann auch das Thema Nachhaltigkeit untergebracht werden.

Sparkassen verlängern ihre bewährten Strukturen in die digitale Welt

Trotz dieser Belastungen durch die Dauerniedrigzinsphase, die regulatorischen Anforderungen und auch den digitalen Wandel ist mir um die Sparkassen nicht bange. Unser Kundengeschäft wächst seit Jahren auf beiden Seiten der Bilanz – und das trotz des intensiven Wettbewerbs auf allen Ebenen.

Im Zahlungsverkehr drängen die großen amerikanischen und chinesischen Konzerne nun auch aggressiv in den traditionellen Handel. Diese Konkurrenz müssen wir ernstnehmen. Auf der anderen Seite sollten wir uns hier aber auch nicht zu klein machen. Mit der Girocard sind die Sparkassen wie die gesamte Deutsche Kreditwirtschaft schon seit 30 Jahren erfolgreich am Point of Sale präsent.

Und ein Ende dieser Erfolgsgeschichte ist nicht in Sicht. Im 1. Halbjahr 2018 hat die Girocard wieder deutliche Zuwächse erreicht. Die Bezahlvorgänge stiegen um 14,4% auf fast 1,8 Mrd. und der Umsatz um 11,7% auf 87 Mrd. Euro – und das, ohne dass wir besonders Werbung dafür machen. Die Menschen haben die Girocard vollumfänglich akzeptiert. Sie nutzen sie, weil sie sicher und zuverlässig ist und weil sie sich bewährt hat.

Auf diesen Erfolgen ruhen wir uns aber nicht aus. In einem ersten Schritt haben wir die Girocard mit einer kontaktlos-Funktion ausgestattet und dann in einem zweiten Schritt ins Smartphone integriert. Seit Juli 2018 können Sparkassenkunden jetzt mobil und kontaktlos zahlen. Parallel dazu hat der Handel drei Viertel seiner Kassenterminals mit der kontaktlos-Technologie NFC ausgestattet, so dass auch auf dieser Seite eine sehr gute Infrastruktur existiert.

2018 schon 227 Mio. kontaktlose Transaktionen mit SparkassenCard

Von unseren Kunden wird das richtig gut angenommen. Im letzten Jahr wurden bundesweit 227 Mio. Transaktionen mit Umsätzen von 7,2 Mrd. Euro kontaktlos über die SparkassenCard abgewickelt. Das ist schon ein guter Anfang. Ich bin überzeugt, dass die kontaktlose und mobile Technologie auch in Deutschland in den nächsten Jahren noch stärker an Bedeutung gewinnen wird. Sie macht das Bezahlen einfacher und vor allem auch schneller.

Der Zahlungsverkehr ist nur ein Beispiel dafür, wie wir unsere bewährten Strukturen in die digitale Welt verlängern und so zukunftsfest machen. Das gilt natürlich auch für den Kontakt mit unseren Kunden. Dort setzen wir konsequent auf einen Multikanalansatz, in dem wir unsere klassische Infrastruktur mit digitalen Optionen koppeln.

Manche Beratungsunternehmen halten den Sparkassen ja immer wieder die Direktbanken und deren hohe Kundenzufriedenheitswerte vor, die sie vor allem deren digitaler Kompetenz zuschreiben. Digitale Kompetenz ist in der Tat wichtig. Wir möchten deshalb auch möglichst bald mit unserer Finanzplattform der Sparkassen-Finanzgruppe an den Start gehen und diese dann kontinuierlich weiterentwickeln. Auf der anderen Seite zeigen aber die Kundenbefragungen, die unser Verband in regelmäßigen Abständen für unsere Sparkassen durchführt, dass es vor allem auch der persönliche Kontakt ist, der signifikant in die Kundenzufriedenheit einzahlt.

Beratung zahlt in Kundenzufriedenheit ein

So lag die Gesamtzufriedenheit bei Kunden, die ein Beratungsgespräch hatten, bei unseren Sparkassen in Hessen und Thüringen um 15%-Punkte höher als ohne Beratung. Das Preis-Leistungs-Verhältnis wurde um 8%-Punkte, die Kundenbetreuung sogar um sagenhafte 24%-Punkte besser beurteilt, wenn die Kunden vorher ein Beratungsgespräch geführt hatten. Auch das Image, die Treue, die Wiederwahl und die Weiterempfehlungsbereitschaft verbesserten sich dadurch deutlich.

Das zeigt: Beratung stellt weiterhin gelebte Kundenbindung dar. Beratung hat sich auch im digitalen Zeitalter überhaupt nicht überlebt. Beratung ist weiterhin modern. Deshalb werden die Sparkassen neben dem Ausbau der digitalen Kanäle auch weiterhin die qualifizierte Beratung ihrer Kunden bei anspruchsvollen Finanzthemen in den Mittelpunkt stellen.

IV. Fazit

Damit komme ich zum Schluss.

Die Sparkassen in Hessen und Thüringen haben auch 2018 wieder ein ordentliches Ergebnis eingefahren. Unsere wachsenden Bestände auf beiden Seiten der Bilanz unterstreichen, dass uns unsere Kunden die Treue halten und wir auch neue Kunden gewinnen. Die Dauerniedrigzinsphase verhindert allerdings, dass wir auch auf der Ertragsseite die Früchte unseres Erfolges ernten können. Es wird deshalb Zeit, dass auch in Europa endlich die Zinswende eingeläutet wird – wenn auch nur in kleinen Schritten!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!